



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Auch Nutzer von Öl- und Pellet-Heizungen werden entlastet – Ampel stellt den Ländern dafür 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung

Olching, 15.12.2022

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstfeldbruck, ist froh, dass jetzt auch Haushalte entlastet werden, die nicht mit Gas oder Fernwärme heizen: „Zwar haben Gaskunden die höchsten zusätzlichen Kosten und werden daher besonders entlastet. In Fürstfeldbruck und Dachau wird aber viel mit Öl oder Pellets geheizt, und auch bei diesen Energieträgern sind die Preise stark gestiegen. Die SPD-Fraktion hat versprochen, für die Betroffenen eine gerechte Lösung zu finden und diese liefern wir nun.“

Dass nun nicht nur die Strom- und Gaspreisbremse kommt, sondern auch private Nutzer anderer Energieträger entlastet werden, wurde heute in Berlin beschlossen. Damit alle Lebensrealitäten abgebildet sind, trifft die Entlastung alle „nicht leistungsgebundenen Brennstoffe“, also neben Öl und Pellets auch Briketts oder Flüssiggas.

Michael Schrodi erklärt, wie es funktionieren soll: „Wir knüpfen an die Regelungen für die Gaspreisbremse an. Preissteigerungen, die über eine Verdopplung des durchschnittlichen Vorjahrespreises hinausgehen, werden zu 80 Prozent erstattet. Wer im vergangenen Jahr beispielsweise eine Rechnung von rund 1.000 Euro für Heizöl hatte und in diesem Jahr rund 3.000 bezahlen musste, kann über die Bundesländer ca. 800 Euro erstattet bekommen.“

Um auch hier die Menschen mit niedrigen Einkommen gezielt zu entlasten, wurde eine Obergrenze festgelegt. Die maximale Erstattung liegt bei 2.000 Euro.

Für die Hilfen bei Öl, Holzpellets und Co. werden den Ländern 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Diese sind auch für die Auszahlung zuständig. Das Ganze muss jetzt in den nächsten Wochen noch mit den Bundesländern in eine gemeinsame Vereinbarung gegossen werden. „Ich erwarte, dass die



bayerische Staatsregierung dann schnell handelt und die Gelder unkompliziert an die Betroffenen weiterreicht“, so Schrodi.